

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.311.444

Wien, am 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2022 unter der Nr. **10780/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „offener Brief an die Regierung bezüglich Frauenbericht“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Ist Ihrem Ministerium der oben genannte offene Brief bekannt?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, gab es Ihrerseits eine Antwort darauf?*
 - c. *Wo ist diese nachzulesen?*
2. *Gab es Ihrerseits mit den anderen Ministerien Gespräche bezüglich dieses Briefs?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, mit welchen Ministerien?*
3. *Welche Erkenntnisse, Beobachtungen oder etwaige andere Einschätzungen wurden im Zuge dessen seitens Ihres Ministeriums gemacht?*
4. *Wurden im Zuge dessen konkrete Maßnahmen beziehungsweise Pläne ausverhandelt?*

- a. Wenn nein, warum nicht?*
- b. Wenn ja, welche und für welchen exakten Zeitraum?*

Der gegenständliche Brief ist mir bekannt und wurde von mir auch schriftlich beantwortet. Das Antwortschreiben wurde an die Absenderinnen übermittelt.

Als Frauenministerin ist eine faktengestützte Frauen- und Gleichstellungspolitik ein zentrales Anliegen. Um die Lebenssituation von Frauen in Österreich und die Geschlechterverhältnisse in verschiedenen Bereichen wie bspw. Bildung, Gesundheit oder ökonomische Situation auf Basis von geschlechterdifferenzierten Daten sichtbar zu machen, werden zahlreiche Berichte, Studien und Datensammlungen zur Verfügung gestellt, etwa der jährlich aktualisierte Bericht „Frauen und Männer in Österreich – Zahlen, Daten, Fakten“ oder auch der jährlich veröffentlichte Fortschrittsbericht über den Frauenanteil in den Aufsichtsgremien von Unternehmen mit mindestens 50 Prozent Bundesbeteiligung, der die Entwicklungen des Frauenanteils in Führungs- und Entscheidungspositionen dokumentiert. Die Entwicklung der Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen liegt ebenfalls in Berichtsform auf. Zudem wurde die umfassende Zeitverwendungsstudie bei der Statistik Austria beauftragt.

Insbesondere im Bereich Gewaltschutz – seit Beginn meiner Amtszeit ein Schwerpunkt meiner Frauenpolitik – habe ich umfassende Maßnahmen im Bereich Opferschutz und Gewaltprävention insbesondere auf Basis von aktuellen Daten gesetzt und auch die Grundlagen für evidenzbasierte Frauen- und Gleichstellungspolitik ausgebaut. Zu nennen ist etwa die Studie zur Untersuchung aller Frauenmorde von 2010 bis 2020, die gerade durchgeführt wird. Im Gewaltschutzbereich beteiligt sich mein Ressort zudem an der Studie Forensik unter Federführung des Justizressorts. Eine zentrale Aufgabe im Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorgaben der Istanbul-Konvention ist die Datenaufbereitung und deren Veröffentlichung, die von der Koordinierungsstelle im Frauenressort übernommen wird. Auf der Webseite der Nationalen Koordinierungsstelle „Schutz von Frauen vor Gewalt“ werden die entsprechenden Daten veröffentlicht. Das Frauenressort beteiligt sich auch an der EU-Prävalenzstudie zu Gewalt gegen Frauen, die ebenfalls umfassende Daten zu Gewalt gegen Frauen in Österreich generieren wird.

Frauenangelegenheiten und Gleichstellung ist Querschnittsmaterie. Evidenzbasiertes Vorgehen und die Umsetzung von Maßnahmen kann nur in Kooperation aller sachlich berührten Stellen, etwa anderen Ministerien, gelingen. Ich bin daher selbstverständlich laufend im Austausch mit allen relevanten Ministerien. Einige der genannten Beispiele für

publizierte Datensammlungen wurden und werden daher in enger Abstimmung durchgeführt bzw. beauftragt.

Die Erkenntnisse aus diversen Studien und Berichten sowie die Expertise frauen- und gleichstellungspolitischer Stakeholder und nicht zuletzt auch innerhalb meines Ressorts wirkt auf die Maßnahmen, die ich zur Umsetzung bringe. In den letzten drei Jahren wurde unter anderem der österreichweite Ausbau der Fachberatungsstellen zu sexueller Gewalt, die Förderung von Präventionsarbeit durch Projekte zur Stärkung und zum Schutz von Frauen und Mädchen, die Erhöhung der Förderung der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie der Ausbau des rechtlichen Rahmens durch das „Hass im Netz-Paket“ umgesetzt. Zusätzlich zu bestehenden Mitteln hat die Bundesregierung im Mai 2021 ein umfassendes Maßnahmenpaket für Opferschutz und Gewaltprävention in Höhe von 24,6 Mio. Euro geschnürt. Die zusätzlichen 8,5 Mio. Euro in meinem Bereich habe ich zur Stärkung der Gewaltschutzeinrichtungen, zur Aufstockung der Familienberatungsstellen und zum Ausbau und zur Absicherung der Kinderschutzzentren sowie zur Stärkung von Frauen mit Migrationshintergrund eingesetzt.

Die im Nationalen Aktionsplans Gleichstellung am Arbeitsmarkt von 2010 bis zum Jahr 2013 enthaltenen 55 Maßnahmen wurden weitgehend umgesetzt. Unter anderem zählen der Online-Gehaltsrechner, die Gehaltsangaben in Stelleninseraten, die Zielvorgabe für Frauen in Aufsichtsräten in staatsnahen Unternehmen sowie die Aufsichtsräinnen-Datenbank zu den umgesetzten Maßnahmen. Zahlreiche Initiativen zur Stärkung der Gleichstellung am Arbeitsmarkt, sowie weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit und partnerschaftlichen Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit, sind im aktuellen Regierungsprogramm verankert.

Zur Umsetzung sämtlicher frauen- und gleichstellungspolitischer Maßnahmen stehe ich in regelmäßigem Austausch mit relevanten Stakeholdern aus Bund, Ländern, Städten, Gemeinden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

MMag. Dr. Susanne Raab

